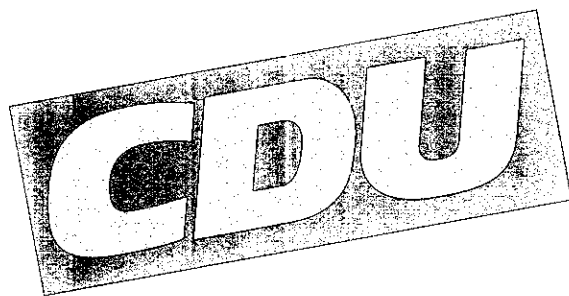


Aufbruch in die Zukunft.



0025188844

24./25. 11. 1995



**Regierungsprogramm 1996-2001:
Für ein modernes und menschliches
Baden-Württemberg.**

Beschlossen auf dem 36. Landesparteitag am 24./25.11.1995 in Ravensburg

Inhalt

1. Baden-Württemberg – ein Land mit Zukunft	4
2. Arbeitsplätze schaffen, Wohlstand sichern	6
3. In Technik und Forschung Spitze bleiben	13
4. Bildung schafft Lebenschancen	15
5. Wir setzen Recht durch	20
6. Unsere Umwelt bewahren	25
7. Verkehrspolitik, die uns voranbringt	29
8. Stadt und Land – gemeinsam stark	32
9. Die bäuerliche Landwirtschaft prägt das Gesicht unseres Landes	33
10. Die Familien sind uns wichtig	35
11. Miteinander leben – menschlich und gerecht	37
12. Lebendige Kulturlandschaft	42
13. Europäische Partnerschaft und regionale Zusammenarbeit	45

1. Baden-Württemberg – ein Land mit Zukunft

Baden-Württemberg – eine einzigartige Kombination von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, landschaftlicher Schönheit und kultureller Vielfalt. Wir in Baden-Württemberg haben unsere Lebensart bewahrt, Baden-Württemberg ist eine lebenswerte Heimat für seine Menschen geblieben. In unserem Land hat der Fortschritt Tradition, und die Tradition ist bei uns nicht Opfer des Fortschritts geworden. Nicht nur der wirtschaftliche Erfolg, sondern auch Gemeinsinn, Mitmenschlichkeit und Nachbarschaftshilfe sind bei uns zu Hause.

Baden-Württemberg hat sich immer als eigenständiges und selbstbewußtes Land verstanden. Damit sind wir gut gefahren: Wir leben und arbeiten aus eigener Kraft und hängen nicht am Tropf anderer Länder. Harte Arbeit und Fleiß, Ideenreichtum und Erfindungsgabe, Qualität „Made in Baden-Württemberg“ und die Leistungsbereitschaft der Menschen haben uns nach vorne gebracht und zu dem gemacht, was wir heute sind und auch in Zukunft bleiben wollen: ein Land, das Maßstäbe setzt, an denen sich andere orientieren. Baden-Württemberg ist eine zentrale Region in Europa. Eine 200 km lange Grenze verbindet unser Land mit unserem EU-Nachbarn Frankreich. Unsere Zukunft ist eng mit der Entwicklung in der Europäischen Union verbunden. Es ist unser Ziel, die europäische Integration voranzubringen, seine Regionen unter dem Subsidiaritätsprinzip zu stärken und aktiv in einem föderativen Europa mitzuwirken.

Die CDU hat unser Land geprägt. Sie ist und bleibt die Baden-Württemberg-Partei. Gebhard Müller, Kurt-Georg Kiesinger, Hans

Filbinger, Lothar Späth und Erwin Teufel – unsere Ministerpräsidenten haben mit guten Mannschaften und einer weitsichtigen Politik die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich die Leistungsbereitschaft der Menschen in unserem Land zum Wohl aller in Baden-Württemberg entfalten konnte. Mit Erwin Teufel haben wir einen Ministerpräsidenten, der im ganzen Land Anerkennung findet: Zuverlässigkeit ist sein Markenzeichen, Verantwortungsbewußtsein, Weitblick, Wirklichkeitssinn und Durchsetzungsvermögen sind die Grundlagen seiner politischen Arbeit. Auf unseren Ministerpräsidenten ist Verlaß: Erwin Teufel schafft Vertrauen, und Erwin Teufel verdient Vertrauen.

Erwin Teufel,
unser Ministerpräsident

Wir arbeiten für ein Baden-Württemberg:

- mit einer hochmodernen Wirtschaft und zukunftssicheren Arbeitsplätzen;
- das seine Spitzenstellung in Wissenschaft, Forschung und Technologie ausbaut und sichert;
- in dem sich Leistung lohnt und mit dem Geld der Bürger sparsam umgegangen wird;
- auf dessen Straßen und Plätzen die Menschen sich sicher fühlen können;
- mit einer intakten und lebenswerten Umwelt und Kulturlandschaft;
- mit sicheren und gut ausgebauten Verkehrswegen;
- mit einem reichhaltigen Bildungsangebot entsprechend den Begabungen und Neigungen der Menschen in unserem Land;
- in dem Kinder- und Familienfreundlichkeit zu Hause sind;
- in dem Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn das Zusammenleben der Menschen bestimmen;
- in dem die Vielfalt der Kultur und der Vereine das Leben der Menschen bereichern;

- das grenzüberschreitend mit seinen Nachbarn erfolgreich zusammenarbeitet;
- das seine Identität in Deutschland und im geeinten Europa bewahren kann.

Stabile Verhältnisse, Bereitschaft zur Innovation

In einer Zeit rasanter Veränderungen in Wirtschaft und Arbeitswelt, des beschleunigten wissenschaftlichen und technologischen Wandels und der globalen ökonomischen und ökologischen Herausforderung können wir uns in Baden-Württemberg politische Instabilität, Blockade und wirtschaftlichen Stillstand nicht leisten. Wir brauchen stabile Verhältnisse, Bereitschaft zur Innovation und zur weiteren Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Dies ist mit Koalitionen nicht zu leisten. Deshalb will die CDU dem Land wieder eine starke Regierung stellen.

Wir legen mit unserem Regierungsprogramm einen Fahrplan in die Zukunft vor. Wir stellen die Weichen und geben die Richtung an, in die der Zug fahren wird. Wir entwerfen ein Bild von der Zukunft Baden-Württembergs.

2. Arbeitsplätze schaffen, Wohlstand sichern

Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortung

Wir bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft, weil sie den Leistungswillen des einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft verbindet und die Grundlagen für die Bewahrung der Schöpfung schafft. Wir halten fest an dem Grundsatz: Soviel Markt wie möglich, um Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortung des einzelnen zu stärken, und nur soviel Staat wie nötig, um Wettbewerb und die soziale und ökologische Ordnung des Marktes zu gewährleisten.

Die Wirtschaft Baden-Württembergs gehört zu den stärksten und leistungsfähigsten in der Welt. Das berufliche Können und die Leistungsbereitschaft der baden-württembergischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber waren und sind Motor des Wohlstands. Mit ihrer konsequent auf Weiterentwicklung, Modernisierung und solide öffentliche Haushalte ausgerichteten Politik hat die CDU Baden-Württemberg an der wirtschaftlichen Spitzenstellung unseres Landes großen Anteil. Mit einer offensiven Wirtschaftspolitik, die Investitionen und Innovationen erleichtert, die qualitatives Wachstum fördert, die Arbeitsplätze schafft und Wohlstand sichert, wollen wir auch in Zukunft dazu beitragen, daß Baden-Württemberg vorne bleibt.

Heute steht unser Land angesichts eines immer schärfer werdenden internationalen Wettbewerbs, angesichts des notwendigen Aufbaus der neuen Bundesländer, angesichts der weltweiten ökologischen Herausforderungen vor der großen Aufgabe, den Wohlstand der Menschen unter neuen, schwierigeren Bedingungen zu sichern. Diese Veränderungen begreifen wir als Herausforderung und als Chance. Wir müssen im weltweiten Innovations- und Technologiewettbewerb mit qualitativ anspruchsvollen Produkten auf zentralen Feldern besser und schneller sein als andere, um an der Spitze zu bleiben. Dies setzt die Bereitschaft zum ständigen Wandel voraus. Unsere Hauptsorge gilt den Arbeitsplätzen, der Sicherung und Erhaltung alter und der Schaffung neuer, zukunftsorientierter Arbeitsplätze. Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist unser wichtigstes Ziel.

Weltweite
ökologische Herausforderungen

a) Die Wirtschaft stärken

- Wir wollen die Wirtschaft in Deutschland und Baden-Württemberg finanziell entlasten, damit sie ihre Wettbewerbsposition

verbessern, mehr investieren und Arbeitsplätze schaffen kann. Deshalb setzen wir uns für die stufenweise Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform ein; insbesondere sollen die Gewerkekaptalsteuer abgeschafft, die Gewerbeertragssteuer mittelstandsfreundlich ermäßigt und die Gewinnsteuern gesenkt werden. Auch die betriebliche Vermögenssteuer soll weiter nach unten gefahren werden. Investitionen müssen Vorfahrt haben und begünstigt werden.

Wir werden unsere Existenzgründungsoffensive fortsetzen und Darlehensprogramme für Existenzgründungen und die Risikokapitalausstattung von Existenzgründern ausbauen. Wir werden zusätzlich auch private Gelder mobilisieren, damit aus Ideen Arbeitsplätze werden. Baden-Württemberg soll unternehmensgründungsfreundliches Land bleiben.

Wir werden die Vielfalt und Dynamik des Mittelstandes durch Beratungs-, Informations- und Kapitalbeschaffungsangebote gezielt fördern. Wir setzen uns ein für mittelstandsgerechte Vergabeentscheidungen bei Aufträgen der öffentlichen Hände, für weitere steuerliche Verbesserungen bei der betrieblichen Erbschafts- und Schenkungssteuer und eine Gewerbe förderungspolitik, die auch kleine Unternehmen und Familienbetriebe unterstützt. Wir werden der mittelständischen Wirtschaft helfen, neue Märkte zu erschließen und zum Beispiel durch die Gründung weiterer deutscher Handelszentren in den Wachstumsregionen der Welt präsent zu sein. Für unsere Wirtschaft ist es ein Vorteil, wenn der Mittelstand auch in Zukunft rasch auf die Erfordernisse des Marktes und die Wünsche der Verbraucher reagieren sowie seine Innovationskraft weiter stärken kann. Deshalb werden wir konsequent die gesetzliche Regelungsdichte abbauen und die Genehmigungsverfahren für Investitionsprojekte verkürzen.

Informations- und
Kapitalbeschaffungs
angebote

- Wir werden das noch nicht ausgeschöpfte Potential im Bereich der Dienstleistungen stimulieren. Neue, innovative Dienstleistungsprodukte der gesamten Wirtschaft, vor allem der flexiblen und mobilen mittelständischen Unternehmen, sind eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir werden deshalb dafür sorgen, daß Existenzgründer und besonders innovative Unternehmen im Dienstleistungsbereich stärker gefördert werden.
- Wir halten fest am Ziel einer international leistungsfähigen Landesbank, die den Bankenplatz Baden-Württemberg und die Bankenlandschaft im ganzen Land stärkt und nicht schwächt oder zerstört.

b) Kürzere Wege von der Forschung zum Produkt

Die wirtschaftliche Zukunft und der Erhalt der Arbeitsplätze in unserem Land hängen entscheidend davon ab, ob es gelingt, die traditionelle Stärke Baden-Württembergs in klassischen Industriebereichen wie dem Fahrzeugbau, der Elektrotechnik und dem Maschinenbau zu bewahren und gleichzeitig konsequent auf Märkte für Hochtechnologien und Dienstleistungen vorzudringen. Es kommt dabei entscheidend darauf an, Erfindungen und Forschungsergebnisse schnell in marktfähige Produkte umzusetzen. Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungsinstituten und Unternehmen muß noch intensiver werden.

Märkte für
Hochtechnologien

Deshalb treten wir ein für:

- eine fortschreitende Vernetzung der Grundlagenforschung an den Hochschulen mit der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklungsvorhaben in den Unternehmen;
- eine Verstärkung der angewandten Forschung und Entwicklung

- an den Fachhochschulen und den Ausbau des Technologietransfers;
- die Schaffung einer zentralen Informationsagentur „Technik-Markt-Produkt“ zur ständigen Information über den neuesten Stand der technischen Entwicklung, über neue Produktionsverfahren und über die Chancen neuer Produkte;
- die Stärkung von Kommunikationssträngen zwischen Hochschulen und Unternehmen kleiner und mittlerer Größe, die nicht über akademisch ausgebildete Mitarbeiter verfügen und deren Beratung hinsichtlich aktueller Fortschritte in Wissenschaft und Technik;
- die stärkere Berücksichtigung von Markterfordernissen bei der Forschungsförderung;
- die Erleichterung eines zeitlich befristeten Personalaustauschs zwischen Hochschulen und Unternehmen.

c) Flexibler arbeiten

- Wir werden die Flexibilität und Mobilität im Arbeitsleben gezielt fördern und appellieren an die Tarifpartner, sich nicht zu verschließen. Je mehr flexible Arbeitsmöglichkeiten wir schaffen, desto mehr Menschen werden Arbeit finden. Um so besser lassen sich Familie, Freizeit und Beruf verbinden. Wir wollen die Arbeitszeiten entzerren, mehr Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit schaffen und den Mitarbeitern und Unternehmen bei der Festlegung der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit mehr Flexibilität ermöglichen. Die Schaffung eines sogenannten „zweiten Arbeitsmarktes“ auf der Grundlage von Dauersubventionen lehnen wir ab. Wir wollen Arbeit für die Menschen im ersten Arbeitsmarkt.
- Wir fordern die Tarifpartner auf, durch maßvolle Tarifvereinbarungen ihren Beitrag dazu zu leisten, daß hohe Lohnkosten und

Lohnzusatzkosten nicht zu einem unüberwindbaren Hindernis für Deutschland und Baden-Württemberg als Wirtschaftsstandort werden, und den besonderen Problemen einzelner Betriebe und Regionen durch flexible Tarifabschlüsse Rechnung zu tragen.

- ☒ Wir fordern die Tarifpartner auf, bei ihren Verhandlungen die Interessen der Arbeitslosen in Zukunft stärker zu berücksichtigen als bisher. Menschen, die arbeiten wollen, müssen eine Chance bekommen und dürfen nicht ins Abseits geraten.
- ☒ Wir wollen durch steuerliche Erleichterungen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten in Haushalten erschließen: Das nutzt den Menschen, die Arbeit suchen, ebenso wie den Familien und privaten Haushalten, die Entlastung brauchen.
- ☒ Wir wollen die zunehmende Technisierung der Arbeitswelt zu einer sinnvollen Arbeitsteilung nutzen. Wir sehen in der Telearbeit eine große Zukunftschance.
Sie ermöglicht Arbeit zu Hause und Kommunikation bei geringem Berufsverkehr, verbindet individuelle Arbeitszeiten und Arbeitsrhythmen zu einem betrieblichen Gemeinschaftswerk. Wir wollen die Chance der Telearbeit ergreifen und Telekommunikationsnetze als elektronische Straßen und Autobahnen des 21. Jahrhunderts nutzen.
- ☒ Wir wollen die Sozialversicherung von versicherungsfremden Leistungen entlasten. Wir unterstützen Anreize zur Rückkehr von Sozialhilfeempfängern in das Beschäftigungssystem: Das Lohnabstandsgebot ist zu wahren. Bei Ablehnung zumutbarer Arbeit soll die Sozialhilfe zwingend gekürzt werden.

Zukunftschance
Telearbeit

d) Bürger entlasten, sparsam haushalten

- ☒ Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, die Steuer- und Abgabenquote, die nach der Einheit Deutschlands auf Rekord-

niveau gestiegen ist, mittelfristig spürbar zu senken. Wir streben den stufenweisen Abbau des Solidaritätszuschlages ab dem frühestmöglichen Zeitpunkt an. Zu diesem Zweck müssen Steuervergünstigungen und Investitionszulagen in den neuen Ländern regelmäßig darauf überprüft werden, ob sie noch notwendig sind.

- Wir werden dafür eintreten, daß das immer komplizierter werdende deutsche Steuersystem entscheidend vereinfacht wird. Niedrigere Steuersätze und dafür weniger Ausnahmeregelungen führen zu mehr Transparenz und damit auch zu mehr Akzeptanz beim Bürger.
- Wir werden den Weg der Begrenzung der Neuverschuldung Baden-Württembergs konsequent und unbeirrbar fortsetzen. Nur so können wir finanzielle und politische Gestaltungsspielräume erhalten. Die öffentlichen Haushalte dürfen den Kreditmarkt nicht überbeanspruchen, damit unserer Wirtschaft das für Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen notwendige Fremdkapital zu bezahlbaren Zinsen zur Verfügung steht.
- Wir fordern die Städte und Gemeinden auf, Aufgaben konsequent zu privatisieren, wenn sie ebenso gut durch Private erledigt werden können. Wo Wettbewerb herrscht, werden Dienstleistungen besser und kostengünstiger erbracht – deshalb müssen Monopole fallen, wo immer es geht.
- Wir werden eine konsequente Reform der Verwaltung vornehmen, die den Grundsätzen der Bürgerfreundlichkeit, Finanzierbarkeit und Innovationsfähigkeit Rechnung trägt. Dazu müssen weitere 4.000 Stellen in der Landesverwaltung abgebaut werden.
- Wir werden einer flächendeckenden Schaffung von Regionalkreisen unter Beibehaltung der Landratsämter und Regierungspräsidien, also Hinzufügung einer weiteren Planungs- bzw. Verwaltungsebene ohne die gleichzeitige Auflösung anderer, entgegenzutreten.

3. In Technik und Forschung Spitze bleiben

Soziale Sicherheit, Wohlstand und kultureller Reichtum gründen auf dem Leistungswillen und der Leistungsfähigkeit aller Bürger. Als rohstoffarmes Land mit hohen Arbeitskosten ist Baden-Württemberg besonders auf diesen Leistungswillen, die Erfindungsgabe und den Ideenreichtum, den Fleiß und die harte Arbeit der Arbeitnehmer und Unternehmer in unserem Land angewiesen. Mehr denn je kommt es darauf an, daß Baden-Württemberg seine herausragende Stellung in Technik, Wissenschaft und Forschung durch einen Vorsprung an Leistung hält.

Leistungswillen,
Erfindungsgabe,
Ideenreichtum

Wir wollen neue Techniken und die Erkenntnisse wissenschaftlicher Forschung nutzen. Wo wir technologisch und wissenschaftlich an der Spitze stehen, wollen wir an der Spitze bleiben. Wo wir noch zurückliegen, werden wir die begonnene Aufholjagd fortsetzen und verstärken. Wir wenden uns entschieden gegen jede Wissenschafts- und Technikfeindlichkeit: Wer neue Techniken grundsätzlich ablehnt oder blockiert und die wissenschaftliche Forschung behindert, bringt unsere Wirtschaft in große Gefahr, vernichtet zukunftssichere Arbeitsplätze und schadet den Lebenschancen der jungen Generation.

- Wir werden die begonnene Offensive für Innovationen und neue Technologien mit großem Nachdruck fortsetzen, unsere führende Rolle in der Forschung ausbauen und die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Landesregierung, Wirtschaft und Wissenschaft wie zum Beispiel im Innovationsbeirat der Landesregierung und im Landesforschungsbeirat fortführen. Zukunftsgerichtete Forschung und wirtschaftliche Innovationen sind der

Offensive für
Innovationen
und neue
Technologien

in der Bio- und
Gentechnologie
die Nummer eins
werden

Schlüssel zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft. Wir müssen unsere Fähigkeiten auf Produkte und Produktionstechniken mit Spitzenqualität konzentrieren. Die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft und die Sicherheit unserer Arbeitsplätze hängen ganz wesentlich ab von einem hohen Leistungsstand in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sowie in der Anwendung neuer Technologien wie der Bio- und Gentechnologie, der Informations- und Kommunikationstechnologie, der Mikrosystemtechnik und der Umwelttechnologie. Baden-Württemberg muß zur Hochburg der Bio- und Gentechnologie ausgebaut werden. Wir wollen auf dem Gebiet der Bio- und Gentechnologie mittelfristig die Nummer eins in Europa und langfristig die Nummer eins in der Welt werden. Umweltfreundlichen Produkten und Technologien gehört die Zukunft.

Wir werden den Dialog in unserer Gesellschaft, zwischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien über die Chancen neuer Technologien ausbauen. Wissenschaftlicher und technischer Fortschritt sichert nicht nur Arbeitsplätze, sondern ermöglicht beispielsweise auch Fortschritte für die Gesundheit der Menschen und für die Ernährung der Weltbevölkerung. Wir müssen daher bereit sein, neueste, mit modernster Forschung erarbeitete Produkte, wie zum Beispiel gentechnisch hergestellte Arzneimittel, nicht nur gerne zu nutzen, sondern auch im Land zu produzieren.

Vorstoß in der
Kommunikations-
und Informations-
technologie

Wir wollen Baden-Württemberg auch in der Kommunikations- und Informationstechnologie an die Spitze bringen. Die Nutzung elektronischer Kommunikationsstränge, Multimedia, Telearbeit, die Optimierung von Entscheidungsprozessen über den elektronischen Dialog von Spezialisten, Telelearning und viele andere Formen des Informationsaustausches werden die Arbeitswelt und den Alltag der Menschen immer stärker prägen. Wir

werden deshalb Pilotprojekte in diesem Bereich weiter fördern und unterstützen. Zielsetzung ist die Planung, Entwicklung und Darstellung des Standortes Baden-Württemberg im Hinblick auf die Ansiedlung, Förderung und Vernetzung von Betrieben und Einrichtungen im Bereich moderner Medientechnologien.

- Wir setzen uns für die Wiedereinführung der steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung in den Betrieben ein. Die Koordination von Forschungsvorhaben zwischen Land, Bund und Europäischer Union soll weiter verbessert werden.
- Wir wollen die Patentberatung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen und die Bereitschaft zur Patentanmeldung verstärkt fördern. Wir werden eine Bundesratsinitiative zur Senkung der Patentgebühren ergreifen. Baden-Württemberg muß auch in Zukunft das Land der Tüftler, der Erfinder sein und Spitzenreiter bei den Patentanmeldungen bleiben. Darüber hinaus werden wir diese auch bei der weiteren Verwertung ihrer Erfindungen unterstützen und bürokratische Hemmnisse abbauen, damit wertvolle Neuerungen in Baden-Württemberg genutzt werden können.

Senkung der
Patentgebühren

4. Bildung schafft Lebenschancen

Bildung eröffnet den Menschen Chancen für ein Leben in Freiheit. Sie ist die Grundlage von Selbstentfaltung und Verantwortung für die Gemeinschaft. Bildung und Ausbildung eröffnen Berufswege, ermöglichen gesellschaftlichen Aufstieg und schaffen so sozialen Ausgleich.

Unser Bildungssystem ist leistungsorientiert. Als rohstoffarmes Land müssen wir aus unserem Können und unseren Begabungen

das Beste machen. Bildung und Qualifikation sind deshalb kein Luxus, sondern Investitionen in die Zukunft.

Ziel unserer Bildungspolitik ist ein verzahntes, leistungsfähiges System von Erstausbildung und Weiterbildung. Schule, Hochschule, Berufsausbildung und Weiterbildung sind Stufen und sich ergänzende Formen im gesamten Bildungsprozeß. Anstatt auf Einheitsschulen und starre Strukturen setzen wir auf ein breit gefächertes Angebot von schulischen und beruflichen, öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen, das flexible Übergänge erlaubt und die Menschen entsprechend ihren Neigungen, Begabungen und Fähigkeiten fördert. Wir wollen den herausragenden Stellenwert der Bildung, gerade auch der beruflichen Bildung, erhalten und stärken. Wir wollen den Menschen in Baden-Württemberg eine praxisnahe, zügige und flexible Ausbildung gemäß ihren Wünschen und den gesellschaftlichen Anforderungen ermöglichen.

Praxisnahe,
zügige und flexible
Ausbildung

Wir halten fest am leistungsfähigen und bewährten dreigliedrigen Schulwesen aus Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien, das auf der bewährten 4jährigen Grundschule aufbaut. Für Bildungsexperimente auf dem Rücken der Schüler, Eltern und Lehrer haben wir kein Verständnis. Wir wollen die hohe Unterrichtsqualität an den Schulen unseres Landes durch fächerübergreifenden Unterricht, projektorientiertes Arbeiten, Verstärkung des Praxisbezugs und der Selbständigkeit der Schulen weiter verbessern. Dabei sind die Anforderungen an das Abitur zu erhöhen. Wir wollen die Schulen stärker öffnen: für eine flexiblere Organisation des Unterrichts abseits des 45-Minuten-Takts, für die Zusammenarbeit aller am Schulleben Beteiligten: Lehrer, Schüler, Eltern, Verbände und Vereine, kulturelle Einrichtungen, Berufs- und Arbeitswelt. Dabei ist der Anerkennung des Ehren-

Anforderungen
an das Abitur zu
erhöhen

amtes ein besonderes Gewicht einzuräumen. Wir werden eine wertgebundene Erziehung in unseren Schulen fördern.

- Dem verantwortungsbewußten Umgang mit Computern und neuen Medien und der verstärkten Aneignung von Lern- und Arbeitstechniken werden wir noch breiteren Raum geben. Wir werden bei zunehmender Schülerzahl wie schon bisher im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten neue Lehrerstellen schaffen und die Lehrerfortbildung ausbauen und verbessern.
- Europa kann nur zusammenwachsen, wenn die Menschen sich sprachlich verständigen können und die Kulturen ihrer Nachbarländer verstehen lernen. Die Grundlagen dafür werden am besten schon im Kindesalter gelegt. Deshalb werden wir den Fremdsprachenunterricht stärken. Im Wettbewerb des Binnenmarktes, aber auch weltweit, sind insbesondere in unserer stark exportorientierten Wirtschaft Sprachkenntnisse unerlässlich und bedeuten für den Arbeitsmarkt ein wichtiges Qualitätsmerkmal.

Fremdsprachen-
unterricht stärken

Wir wollen Angebote schaffen, die es Schülerinnen und Schülern an Gymnasien ermöglichen, bereits nach acht Jahren das Abitur abzulegen. Flexible Übergänge zwischen den einzelnen Schularten, auch zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, werden wir beibehalten. Wir werden die Sonderschulen weiter besonders fördern und ihre Möglichkeiten der Kooperation untereinander sowie mit den allgemeinbildenden Schulen erweitern.

Wir setzen uns auch weiterhin für ein plurales Bildungswesen ein, in dem Privatschulen einen wichtigen Platz haben.

Für ein plurales
Bildungswesen

- Wir setzen uns für eine größere öffentliche und gesellschaftliche Anerkennung der beruflichen Bildung und Ausbildung ein. Die duale Ausbildung in den Betrieben und in den Berufsschulen ist eine wichtige Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg un-

Neue Bildungs-
gänge entwickeln

serer Unternehmen und die Zukunftschancen junger Menschen. Wir wollen die Attraktivität der dualen Ausbildung mit einer Flexibilisierung der Unterrichtsangebote durch Stütz- und Ergänzungsunterricht steigern. Für besonders leistungsfähige Jugendliche an den beruflichen Schulen werden wir Bildungsgänge entwickeln, die neben dem Ausbildungsabschluß Zusatzqualifikationen vermitteln oder den Erwerb der Fachhochschulreife ermöglichen. Außerdem wollen wir neu entstehende Beschäftigungschancen, wie zum Beispiel im EDV- und Multi-Mediassektor, durch das Angebot neuer Berufsausbildungen nutzen. Wir werden das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft bei der Bereitstellung von attraktiven und zukunftssicheren Ausbildungsplätzen unterstützen. Wir werden die in Baden-Württemberg bewährten Berufsakademien durch die gesetzliche Absicherung ihrer eigenständigen Ausbildung im Hochschulrahmengesetz zur überregionalen Anerkennung führen. Wir fördern den modulartigen Aufbau von Ausbildungen, der bereits nach dem ersten Lehrjahr oder Bildungsabschnitt zu einem Zertifikat bzw. Werkerabschluß führt.

Ganztagesbe-
treuungsangebote
an Schulen

Wir werden uns für die Schaffung bedarfsgerechter Ganztagesbetreuungsangebote an Schulen bzw. begleitend zu Schulen einsetzen. Ganztagesbetreuungsangebote sind ebenso wie die Förderung von Tagesmüttern und die Unterstützung von Tagesmüttervereinen in ihrer Informations- und Vermittlungsfunktion Bestandteil unserer Familienpolitik.

Wir werden unsere Hochschulen weiter modernisieren, indem wir unter anderem schlankere Studienpläne, zahlreichere parallele Angebote von Lehrveranstaltungen und praxisnahen Prüfungsordnungen einführen. Weiterhin möchten wir eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in den jeweiligen Fachrichtungen erreichen. Wir werden den Universitäten mehr Mit-

spracherechte bei der Auswahl ihrer Studierenden und der Verfügung über ihre finanziellen Mittel zugestehen. Auch mit der Einführung von Bildungsgutscheinen wollen wir Studienzeiten verkürzen. Außerdem sollte die beim rechtswissenschaftlichen Studium bereits bestehende und bewährte „Freischußregelung“ auch auf weitere Studiengänge ausgedehnt werden. Wir werden das Fächerspektrum an den Hochschulen erweitern, aber gleichzeitig auch konzentrieren. Wir beabsichtigen eine Verknüpfung der finanziellen Ausstattung der Hochschulen mit ihrem Erfolg in Forschung und Lehre. Die Förderung von besonders qualifiziertem wissenschaftlichem Nachwuchs werden wir intensivieren.

Förderung von
besonders
qualifiziertem
wissenschaftlichem
Nachwuchs

- Wir werden im akademischen Ausbildungsbereich an dem breit angelegten Ausbildungsangebot mit Universitäten, eigenständigen Pädagogischen Hochschulen, Fachhochschulen, Kunst- und Musikhochschulen sowie den Berufsakademien festhalten.
- Wir werden die Gleichbehandlung der Förderung von Studenten und der Förderung von Meisteranwärtern konsequent umsetzen, weil Handwerksmeister für unsere Gesellschaft ebenso wichtig sind wie Akademiker.

Der rasche Wandel in allen Lebensbereichen stellt den einzelnen immer wieder vor neue Herausforderungen. Deshalb müssen den Bürgerinnen und Bürgern auch nach Schule, Hochschule und Berufsausbildung breitgefächerte Bildungsangebote zugänglich sein, die ihnen helfen, vorhandene Kenntnisse zu vertiefen und zu erweitern, zusätzliche Qualifikationen zu erwerben und ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Weiterbildung leistet einen wesentlichen Beitrag zu einem breitgefächerten Bildungswesen.

Breitgefächerte
Bildungsangebote
für alle

- Wir halten in der Weiterbildung fest an den bewährten Grund-

- sätzen der Pluralität der Träger und Einrichtungen, der Subsidiarität staatlichen Handelns, der Dezentralität des Angebots und der Freiwilligkeit der Teilnahme an Bildungsveranstaltungen.
- Allgemeine und berufliche Weiterbildung stehen für uns gleichrangig nebeneinander.
- Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Weiterbildung fortentwickeln und verbessern. Dabei halten wir fest am Recht auf Selbstverwaltung, auf Selbständigkeit der Programmgestaltung, Freiheit der Lehre und unabhängige Auswahl des Personals.

5. Wir setzen Recht durch

Das Recht ist die Haus- und Friedensordnung jeder Gesellschaft. Die Respektierung von Recht und Gesetz ist Voraussetzung für ein friedliches und nachbarschaftliches Zusammenleben der Menschen. Wer die Rechtsordnung verletzt, untergräbt den inneren Frieden und muß zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Menschen in Baden-Württemberg haben einen Anspruch auf Sicherheit in ihrem Wohnumfeld, um sich auf den Straßen und Plätzen unseres Landes sicher fühlen zu können. Kriminelle müssen konsequent verfolgt, gestellt sowie schnell, tat- und schuldangemessen verurteilt werden.

Die Innere
Sicherheit
gewährleisten

- Wir werden das Recht verteidigen und die Innere Sicherheit mit allen verfügbaren Kräften gewährleisten.
- Wir werden der Polizei die Mittel der modernen Technik zur Verfügung stellen. Die Polizei muß technisch besser ausgerüstet sein als das organisierte Verbrechen, um es erfolgreich bekämpfen zu können. Gewalttäter, Wirtschaftskriminelle, aber auch Kleinkriminelle dürfen keine Chance haben.

- Wir werden der Polizei die Durchführung von anlaß- und ereignisunabhängigen Kontrollen in Grenznähe sowie im Bereich der Hauptverkehrsadern ermöglichen. Ebenso wie Orte konspirativer Treffen müssen auch Wohnungen von Verbrechern, die der organisierten Kriminalität zuzurechnen oder die schwerer Straftaten verdächtig sind, von der Polizei mit modernster Technik überwacht werden können. Illegale Vermögen müssen durch die Zulassung der Beweislastumkehr leichter eingezogen werden können.
- Die Polizeidirektionen mit ihren Revieren und Posten bilden das Rückgrat der inneren Sicherheit in den Landkreisen. Wir wollen deshalb die Polizeidirektionen in ihrem derzeitigen Bestand erhalten. Sie sollen aber künftig eine größere Budget- und Personalverantwortung und eine maßgeschneiderte Organisation bekommen. Wir werden die Landespolizeidirektionen als mittlere Verwaltungsebene verschlanken.
- Im Rahmen eines Besoldungsstrukturprogramms haben wir von 1992 bis 1996 1.600 neue Stellen bei der Polizei geschaffen und rund 22.000 Polizeibeamtinnen und -beamte zusätzlich befördert. Den Anteil des gehobenen und höheren Dienstes wollen wir weiter wesentlich erhöhen. Bis zum Jahr 2002 werden 50 Prozent der Beamten im gehobenen und 2 Prozent im höheren Dienst sein. Gleichzeitig wollen wir ausreichende Mittel für eine angemessene EDV- und Technikausstattung im Polizei- und Justizdienst einsetzen. Ein überzogener Datenschutz darf der effizienten Nutzung der modernen Kommunikationsmittel nicht entgegenstehen.
- Wir werden die Polizei weiter von polizeifremden Aufgaben entlasten. Wir wollen weniger Polizei in der Amtsstube und mehr Polizei auf der Straße: Mit unseren Maßnahmen sorgen wir dafür, daß zusätzlich 3000 Polizeibeamte zum Einsatz vor Ort zur Verfügung stehen.

Mehr Polizei
auf der Straße

Wir werden die Arbeitsplätze der Polizei attraktiver gestalten und deren Arbeitsumfeld verbessern. Innerhalb der nächsten 5 Jahre werden alle Polizeibeamte, die im Dienst in Gefahrensituationen kommen können, eine leichte Schutzweste als Grundausstattung erhalten.

Wir setzen uns ein für die Beschleunigung von Strafverfahren. Der Straftat muß die Strafe auf dem Fuße folgen. Wir werden die Justiz weiter modernisieren und beim Bund darauf hinwirken, Gesetze so zu fassen, daß die Justiz in den Ländern nicht immer stärker mit Aufgaben überfrachtet wird.

Wir werden unsere Anti-Drogen-Politik in Baden-Württemberg konsequent fortsetzen. Unser Ziel ist die Heilung von der Sucht. Wir helfen jedem Drogenabhängigen durch Beratung, Angebote zum Entzug sowie Therapie- und Rehabilitationsmaßnahmen. Deswegen werden wir eine Bundesratsinitiative starten mit dem Ziel, alle Bundesländer zu einer generellen Verdoppelung der Drogentherapieplätze in Deutschland bis zum Jahr 2000 aufzufordern. Methadon darf nur unter strenger ärztlicher Kontrolle abgegeben werden. Eine staatliche Abgabe von Heroin, Fixerräume, die Freigabe oder den Verkauf von Haschisch in Apotheken werden wir nicht zulassen. Dealer müssen die ganze Härte des Gesetzes zu spüren bekommen, auch beim Verkauf kleiner Mengen. Junge Menschen wollen wir in Zukunft noch stärker über die lebenszerstörenden Gefahren von Rauschgiften informieren. Prävention muß bereits bei Haschisch und den gefährlichen Designerdrogen, wie beispielsweise Ecstasy, beginnen. Sucht kann nicht durch Suchtmittel geheilt werden. Wir werden zur Stärkung der Drogenprävention einen Ausbau des „Suchtpräventionslehrerkonzeptes“ an den Schulen in Baden-Württemberg vornehmen. Suchtpräventionslehrern sollen zukünftig mehr Deputatsstunden zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen ihre Ausbildung durch regelmäßige Fortbildungen

verbessern. Insbesondere Ecstasy und andere Designerdrogen müssen dabei einen Schwerpunkt der Aufklärungsarbeit der Suchtpräventionslehrer darstellen.

- Wir werden den Ausbau des Streetworker-Konzeptes zur Drogenarbeit landesweit fördern. Dazu soll ein Landesförderprogramm geschaffen werden, das alle großen Kreisstädte in Baden-Württemberg in die Lage versetzt, eine Streetworkerstelle einzurichten. Ziel des Programms ist ein eigener Streetworker für jede große Kreisstadt in Baden-Württemberg.
- Wir wollen der Gefahr, die von Ecstasy und anderen Designerdrogen ausgeht, offensiv entgegenzutreten. Wir erkennen das immense Bedrohungspotential, das insbesondere bereits für Jugendliche im Alter von 12 bis 14 Jahren von Ecstasy ausgeht. Der Kampf gegen Ecstasy muß als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden.
- Das Rechtsbewußtsein der Menschen muß gestärkt werden. Daher wird es eine „Entkriminalisierung“ sogenannter Bagatelldelikte wie Ladendiebstahl, Schwarzfahren oder den Besitz kleiner Mengen an Rauschmitteln mit uns nicht geben. Genauso werden wir das staatliche Gewaltmonopol gegen jeden Versuch verteidigen, es zu untergraben. Chaoten und Randalierer dürfen in unserem Land keine Chance haben. Das „Sitzblockadenurteil“ des Bundesverfassungsgerichts schlägt einen verhängnisvollen Weg ein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, daß der Bundesgesetzgeber weiterhin für die Strafbarkeit von Sitzblockaden sorgt.
- Wir werden jeder Form des Radikalismus von links oder rechts mit Entschiedenheit entgegenzutreten und unseren freiheitlichen Rechtsstaat gegen extremistische Bestrebungen und Terrorismus schützen. Gewalt gegen Ausländer und andere Minderheiten werden wir unnachsichtig verfolgen.
- Das Recht auf Asyl für wirklich politisch Verfolgte werden wir

Ausbau
des Streetworker-
Konzeptes

Das staatliche
Gewaltmonopol
verteidigen

auch zukünftig gewährleisten. Der Asylkompromiß, der zu einem drastischen Rückgang der Asylbewerberzahlen geführt hat, und seine Umsetzung dürfen nicht torpediert werden. Abgelehnte Asylbewerber und straffällig gewordene Ausländer müssen konsequent und ohne Verzögerung abgeschoben werden.

Ausländer, die bei uns Gast sind, haben sich an die Gesetze unseres Landes zu halten. Wir werden nicht zulassen, daß ausländische Extremisten ihre Auseinandersetzungen in unserem Land austragen. Mitglieder bei uns verbotener ausländischer Terrororganisationen haben in unserem Land nichts zu suchen und sind auszuweisen.

Wir werden mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen Organisationen wie die Scientology-Sekte vorgehen, die unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit operieren, jedoch das Ziel verfolgen, Menschen in psychische Abhängigkeit zu bringen, um diese dann finanziell auszubeuten. Wir setzen uns für den Entzug der Vereinsrechte von Scientology und ein Verbot von pseudoreligiösen Organisationen ein. Bei hinreichendem Verdacht muß es zukünftig möglich sein, solche Organisationen durch den Verfassungsschutz überprüfen und beobachten zu lassen.

Der Staat und die Verwaltung sind für die Bürger da. Staat und Verwaltung müssen sich auf ihre eigentlichen Verwaltungsbereiche beschränken. Wo kleinere Einheiten oder die Bürger selbst eine Aufgabe lösen und erfüllen können, wird sich der Staat zurückziehen. Nur so können die öffentlichen Hände die Mittel unbürokratisch, sparsam und effektiv einsetzen.

Wir werden deshalb den Staat auf die notwendigen Aufgaben konzentrieren. Eine dienstleistungs- und kundenorientierte

Regierung
für
den
Mittleren
Stand

Regierung
für
den
Mittleren
Stand

Verwaltung gehört zu den Standortmerkmalen einer modernen Industriegesellschaft. Zeitnah umgesetzte Zulassungsverfahren bei Investitionsvorhaben der Wirtschaft sowie bei bedeutenden Infrastrukturprojekten sind im Wettbewerb der Standorte im Europa des Binnenmarktes entscheidend. Ein zentrales Qualitätsmerkmal für einen Wirtschaftsstandort ist dabei eine vereinfachte und entfeinerte Gesetzesstruktur, mit der Bürger und Verwaltung zu zügigen und beschleunigten Entscheidungen kommen. Dabei sollen nicht zuletzt die Formulare und Entscheidungswege übersichtlicher und verständlicher werden.

- Wir werden den öffentlichen Dienst im Bürgerinteresse leistungsorientiert stärken. Leistung muß sich für motivierte Behördenmitarbeiter lohnen. Deshalb unterstützen wir eine grundlegende Reform des öffentlichen Dienstrechts mit einem stärker leistungsorientierten Besoldungs- und Beförderungssystem. Hierzu gehören insbesondere flexible Laufbahnregelungen und die Vergabe von Führungsaufgaben auf Zeit. Wir wollen die Möglichkeiten zum beruflichen Wandel zwischen freier Wirtschaft und öffentlichem Dienst verbessern. Die in den Privatunternehmen gemachten Erfahrungen des Qualitätsmanagements und der organisierten Mitarbeitermotivierung werden, soweit möglich, in die Verwaltung übernommen. Die Behördenausstattung werden wir modernisieren, damit die Verwaltung den Erwartungen von Bürgern und Wirtschaft besser gerecht werden kann.

Den öffentlichen
Dienst
leistungsorientiert
stärken

6. Unsere Umwelt bewahren

Wir wollen unserer Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung gerecht werden. Vieles wurde schon erreicht, unsere Aufgabe ist aber nicht erfüllt. Wir stehen vor weiteren großen umwelt-

politischen Herausforderungen. Wir wollen weiterhin ökologische Pionierarbeit leisten in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa.

Wir wollen schonend mit den Ressourcen unseres Landes umgehen: Luft, Wasser und Boden sind unsere Lebensgrundlagen und müssen vor allen vermeidbaren Verunreinigungen geschützt werden.

Wir wollen die Wälder zur Nutzung und als geschützte Lebensräume von Tieren und Pflanzen, die Vielfalt der Arten und naturnahe Landschaften erhalten.

Wir werden die bisherigen Naturschutzmaßnahmen durch neue, ganzheitliche Strategien ergänzen und fortentwickeln. Wir werden Naturgüter flächenhaft und nachhaltig bewahren und Biotop vernetzen. Unser Ziel ist es, die künftige Nutzung von Natur und Landschaft so zu gestalten, daß die in der Landesverfassung verankerten Naturschutzziele erreicht werden. Wir wollen den Vertragsnaturschutz stärken und Landwirte bei der Vergabe von Landschaftspflegearbeiten verstärkt berücksichtigen. Natur und Landschaft sollen auch weiter der Erholung der Menschen dienen. Freizeitaktivitäten müssen jedoch ihre Grenzen dort haben, wo die Gefahr groß ist, daß zerstört wird, was die Menschen suchen – intakte Natur.

Unser Ziel ist eine stoff- und energieeffiziente Kreislaufwirtschaft. Die Aufgaben zur Erfüllung von Verwertungs- und Entsorgungspflichten sollen möglichst im Rahmen der Selbstorganisation der Wirtschaft gelöst werden.

Wir geben der Vermeidung von Abfall Vorrang vor der Entsorgung von Abfall. Wir wollen das Aufkommen an Müll und Abwasser reduzieren.

Wir wollen die führende Stellung Baden-Württembergs auf dem Zukunftsmarkt der Umwelttechnologien ausbauen. Erfolge auf

diesem Gebiet sind auch Erfolge für mehr Arbeitsplätze.

- ∴ Wir wollen die Rechtsgrundlagen der Umweltpolitik so umbauen, daß mit weniger Bürokratie und Auflagen mehr Umweltschutz erreicht werden kann. Wir wollen Ziele vorgeben, anstatt durch starre Regelungen bis ins kleinste Detail menschliche Kreativität zu behindern, die wir für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen benötigen.
- ∴ Wir sehen den Menschen als Teil der Schöpfung, der berufen ist, sie ebenso zu nutzen und zu gestalten wie zu bewahren und zu erhalten. Der Wert des Lebendigen bemißt sich nicht allein am Nutzen für die Menschen. Tier- und Pflanzenwelt haben auch einen Eigenwert. Besondere Verantwortung tragen wir Menschen für die Tiere als unsere Mitgeschöpfe. Tierschutz ist für uns deshalb Aufgabe und Verpflichtung. Wir werden uns daher für die Aufnahme des Tierschutzes in die Landesverfassung einsetzen.

Eine langfristig gesicherte Energieversorgung und bezahlbare Strompreise sind für die Standortentscheidungen von Unternehmen und damit die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen zunehmend von Bedeutung. Deshalb streben wir einen Konsens aller Beteiligten über grundlegende Fragen der Energiepolitik an. Basis dieses Konsenses kann nur ein Festhalten am Nebeneinander verschiedener Energieträger (Energimix) sein. Die bestehende Energieversorgung ist dafür die Basis. Treibhauseffekt und Ozonloch zeigen, daß der Schutz von Luft und Klima in hohem Maße internationale, aber auch nationale Anstrengungen erfordert. Wir unterstützen deshalb die Bundesregierung in ihrem Ziel, den Kohlendioxyd-Ausstoß bis zum Jahr 2005 um mindestens 25 Prozent zu senken. Wir werden mit unserer Energiepolitik diesem Ziel Rechnung tragen.

Am Energiemix
festhalten

Für uns sind Kernenergie und regenerative Energien keine Alternativen, denn wir brauchen beides. Die Weiternutzung der emissionsarmen Kernenergie und gleichzeitige massive Investitionen in regenerative Energien tragen zur notwendigen Verringerung der CO₂-Emissionen entscheidend bei. Wir wollen die Erforschung eines neuen Kernreakortyps mit noch höheren Sicherheitsstandards ermöglichen und uns für die Abschaltung bzw. Modernisierung veralteter Kernreaktoren, vor allem in den östlichen Staaten, einsetzen.

Wir werden mit unseren Anstrengungen nicht nachlassen, die wirtschaftlich unsinnige und teure Subventionierung der veralteten und nicht mehr konkurrenzfähigen Steinkohle zu einem Ende zu bringen. Wir wollen regenerative Energien, das Energiesparen, neue Technologien und zukunftssichere Arbeitsplätze fördern, aber nicht überholte Strukturen künstlich am Leben erhalten. Genehmigungsverfahren zum Bau, Betrieb und zur Instandsetzung von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien sind zu vereinfachen und zu beschleunigen. Die mittelständischen Produzenten erneuerbarer Energien müssen faire Marktchancen haben.

Wir wollen grundsätzlich eine Verlagerung von den direkten zu den indirekten Steuern. Arbeit muß billiger werden. Wir wollen ökologische Elemente in das Steuerrecht einbauen: Unser Ziel ist eine langfristig angelegte und zur Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen der deutschen Unternehmen in der gesamten Europäischen Union erhobene CO₂-Energiesteuer. Sie muß aufkommensneutral sein und darf insgesamt nicht zu einer Erhöhung der Steuer- und Abgabenquote führen.

Eine solche Reform bedarf intensiver Beratung mit allen Betroffenen; Schnellschüsse und nationale Alleingänge lehnen wir ab.

- Wir werden alle sinnvollen Möglichkeiten ausschöpfen, nachwachsende Rohstoffe anzubauen und zur industriellen Verwendung sowie zur umweltschonenden Energiegewinnung einzusetzen. Nachwachsende Rohstoffe sind auch eine zusätzliche Einkommensquelle für unsere Landwirte.
- Wir werden die beschlossene Fusion der baden-württembergischen Energieversorgungsunternehmen konsequent umsetzen, damit sie auf dem europäischen Energiemarkt als ernsthafter Mitbewerber auftreten können. Nach der Neustrukturierung werden wir die Landesbeteiligungen an den Energieversorgungsunternehmen privatisieren.

7. Verkehrspolitik, die uns voranbringt

Menschen müssen mit Gütern und Dienstleistungen versorgt werden, müssen zu ihrem Arbeitsplatz gelangen und ihr Bedürfnis nach persönlicher Bewegungsfreiheit und Begegnung erfüllen können. Ohne Verkehr wäre das nicht möglich. Wir wollen die Mobilität der Menschen erhalten, damit sie auch in Zukunft zusammenkommen und sich begegnen können. In unserem Verkehrssystem stecken noch viele Möglichkeiten, um unsere Umwelt zu entlasten. Wir wollen sie konsequent nutzen.

Wir lehnen eine einseitige Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Formen der Mobilität ab. Statt dessen setzen wir auf eine ausgewogene Mischung von Straßen-, Schienen-, Luft- und Wasserstraßenverkehr, die die optimale Nutzung der vorhandenen Verkehrswege ermöglicht und einen umweltschonenden Ausbau und Neubau von Verkehrswegen erlaubt, wo dies notwendig ist.

Die Mobilität
der Menschen
erhalten

Intelligente Verkehrsleitsysteme installieren

Das Auto wird auch in Zukunft das wichtigste Verkehrsmittel bleiben. Wir wenden uns deshalb gegen die Verteufelung des Automobilverkehrs. Die richtige Devise heißt nicht „weg mit dem Auto“, sondern die Automobile und der Automobilverkehr müssen umweltverträglicher werden. Wir wollen, daß das moderne, umweltgerechte Auto der Zukunft in Baden-Württemberg und nicht anderswo gebaut wird. Wir wollen, daß die Menschen in Zukunft mit Autos fahren können, die deutlich weniger verbrauchen als die Autos von heute, die mit verbesserten und umweltfreundlicheren Kraftstoffen angetrieben werden, die alle einen geregelten Katalysator haben und deren meisten Teile wiederverwertbar sind. Das bringt für die Umwelt mehr als Tempolimits, Fahrverbote und der Einsatz eines riesigen Überwachungsapparates.

Wir werden intelligente Verkehrsleitsysteme installieren, damit wertvolle Energie nicht unnötig vergeudet wird. Die Marktchancen der baden-württembergischen Industrie auf dem Gebiet der zukunftssträchtigen und innovativen Telematik wollen wir offensiv nutzen.

Wir werden die großen überregionalen Straßen durch unser Land ausbauen und damit vorhandene Trassen zur Verbesserung des Verkehrsflusses nutzen. Fließender Verkehr ist nicht nur streßfreier, sondern auch umweltfreundlicher als stehender Verkehr. Der Bau von Ortsumgehungen zur Entlastung der Wohnbevölkerung ist auch in der Zukunft erforderlich.

Wir werden die Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs und die dem Land dafür zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, das Schienenangebot konsequent auszubauen. Taktverkehr, der Einsatz von Neigezügen (Pendolinos) und Streckenverbesserungen – wo immer lohnend – sind unser Ziel.

Das Angebot an Bahnen und Bussen verbessern

Wir werden das Angebot an Bahnen und Bussen verbessern, um den öffentlichen Verkehr in Stadt und Land weiter zu stärken.

Landeshilfen für Infrastrukturmaßnahmen und Fahrzeugbeschaffungen sowie die finanzielle Förderung im Rahmen der Bildung von Verkehrsverbänden, die durch einheitliche Tarife und abgestimmte Fahrpläne einen bürgernahen öffentlichen Verkehr gewährleisten, bleiben auch in Zukunft notwendig. Wir werden die Verknüpfung und den Wechsel zwischen Auto, Bahnen und Bussen zum Beispiel durch den Bau von weiteren Park&Ride-Anlagen weiter fördern. Wir werden die elektronischen Medien für eine landesweite Fahrplanauskunft einsetzen.

- Wir wollen eine landesweite „Schülerferiennetzkarte“ einführen. In Kooperation mit der Deutschen Bahn AG soll mit der Schülerferiennetzkarte Schülern und Studenten die Möglichkeit geboten werden, in den Sommerferien das gesamte Streckennetz der Deutschen Bahn AG und der Verkehrsverbände in Baden-Württemberg zu nutzen. Der Anreiz zum Erwerb der Karte soll für Schüler neben einem attraktiven Preis in der Möglichkeit liegen, anders als beim sog. Wochenendticket, aufgrund der Benutzung der Fernbahnen inklusive IC und ICE relativ rasch weiter entfernte Ziele in Baden-Württemberg anzusteuern, und dies an jedem Tag der Ferienwochen. Unter dem Gesichtspunkt einer Stärkung der Landesidentität können Jugendliche so die einzelnen Gegenden Baden-Württembergs besser kennenlernen.
- Wir wollen Güterverkehrszentren in Baden-Württemberg aus- und neu bauen, damit möglichst viel Zuwachs des Güterfernverkehrs auf die umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene und Binnenschiff verlagert wird. Die baden-württembergischen Güterverkehrszentren sollen darüber hinaus mit Anlagen des kombinierten Ladungsverkehrs im ländlichen Raum verknüpft und mit den bereits bestehenden und geplanten europäischen Güterverkehrszentren vernetzt werden. So machen wir auch den Güterverkehr umweltfreundlicher.

„Schüler-
feriennetzkarte“

Güterverkehrs-
zentren aus- und
neu bauen

- ... Wir wollen die noch vorhandenen großen Kapazitätsreserven der Binnenschifffahrt ausschöpfen, da sie ökologisch und ökonomisch eine interessante Alternative zum Transport von Massengütern auf der Straße ist. Wir müssen diese umweltfreundliche Chance nutzen.
- ... Wir wollen über den Ausbau des Flughafens Stuttgart hinaus die Erschließungsdefizite des Landes im Luftverkehr durch die Förderung von Regionalflughäfen abbauen. Der internationale Flugverkehr nimmt immer mehr zu; Baden-Württemberg muß auch per Flugzeug besser erreichbar sein.

8. Stadt und Land – gemeinsam stark

Stadt und Land sind in Baden-Württemberg keine Gegensätze, sondern eine ideale Ergänzung. Für unser Land ist das beispielhafte Gleichgewicht zwischen Städten und ländlichem Raum seit jeher charakteristisch. Das nutzt uns allen: Die Ausgewogenheit der Wirtschafts- und Siedlungsstruktur und die kulturelle Vielfalt bestimmen ganz wesentlich die Dynamik, die Leistungskraft und die Attraktivität unseres Landes. Die Schönheit unserer Landschaften und die Pflege von Kultur und Brauchtum machen unser Land auch zu einem lohnenswerten Ziel für den Fremdenverkehr.

- ... Wir werden die Lebensqualität in den Städten genauso wie im ländlichen Raum auch in Zukunft durch Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft, der Infrastruktur, des Vereins- und Kulturlebens, des Fremdenverkehrs und des Umweltschutzes gewährleisten. Wir wollen das Gleichgewicht zwischen Stadt und Land in Baden-Württemberg halten, damit sich die Menschen in

unserem Land überall gleichermaßen zu Hause fühlen können.

- ▣ Wir treten entschieden für den Föderalismus ein: Die Selbstverwaltung der Kommunen, die Eigenständigkeit der Länder und die Vielfalt der Regionen in einem zusammenwachsenden Europa müssen erhalten bleiben.
- ▣ Wir werden die bewährten Förderprogramme für den ländlichen Raum, insbesondere das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum, fortsetzen und dauerhaft absichern.
- ▣ Wir werden auch in Zukunft den Bau von Wohnungen mit finanziellen Hilfen unterstützen. Die Schaffung von Wohneigentum für breite Schichten der Bevölkerung, vor allem für junge Familien, soll Priorität erhalten. Im Mietwohnungsbau räumen wir der Kombination von Subjekt- und Objektförderung Vorrang ein.

Den Föderalismus
aufrechterhalten

Wohneigentum für
breite Schichten
der Bevölkerung

9. Die bäuerliche Landwirtschaft prägt das Gesicht unseres Landes

Die CDU Baden-Württemberg hat sich in der Vergangenheit immer für eine leistungsfähige Landwirtschaft stark gemacht. Ohne Landwirtschaft wären wir ärmer, unsere Landschaft verlöre ihren typischen Charakter. Deshalb bekennen wir uns zur Solidarität mit den Bauern. Die Bäuerinnen und Bauern können sich auf uns verlassen.

- ▣ Wir werden die Rahmenbedingungen für unsere Land- und Forstwirtschaft so weiterentwickeln, daß sie sich auch in Zukunft im Wettbewerb des Europäischen Binnenmarkts behaupten kann. Wir wollen die Leistungsfähigkeit unserer bäuerlichen Familien-

Die Leistungs-
fähigkeit der
bäuerlichen
Familienbetriebe
stärken

betriebe weiter stärken und ihre Zusammenarbeit fördern. Ziel ist eine nachhaltige umweltbewußte und tierartgerechte Produktion unter Berücksichtigung der Belange des Tierschutzes sowie die Erhaltung gesunder Lebensgrundlagen. Die bisherigen Programme zur Extensivierung, zum Schutz des Bodens und Trinkwassers mit der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung in den Wasserschutzgebieten und dem Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich (SchALVO, MEKA) haben sich bewährt und müssen fortgesetzt werden. Auch in Zukunft werden wir auf Flurneuordnung nicht verzichten können. Nur unter diesen Voraussetzungen wird auf Dauer der Erhalt unserer Kultur-, Natur- und Erholungslandschaft gewährleistet sein. Darüber hinaus fordern wir einheitliche Standards in der Europäischen Union. Die landeskulturellen Leistungen unserer bäuerlichen Landwirtschaft müssen höher bewertet und honoriert werden. Wir wollen die bäuerliche Landwirtschaft und ihre Vermarktungseinrichtungen erhalten, weil sie mittelständisch-flexibel und der Inbegriff von gesellschaftlicher Selbständigkeit und von Eigenverantwortung sind. Die bäuerliche Landwirtschaft garantiert eine Versorgung mit gesunden und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln. Agrarfabriken lehnen wir ab.

Wir werden das hohe Qualitätsniveau der Nahrungsmittel in Baden-Württemberg auch in Zukunft sicherstellen. Die umfassenden vorbeugenden Maßnahmen und strengen Kontrollen der baden-württembergischen Lebensmittelüberwachung werden wir beibehalten. Mit der weiteren Vergabe des Herkunfts- und Qualitätszeichens für Agrarprodukte aus Baden-Württemberg leisten wir einen verstärkten Verbraucherschutz. Wir wollen damit auch in Zukunft die Ertragssituation unserer heimischen Land- und Forstwirte und der heimischen Ernährungs- wirtschaft verbessern. Ebenso wollen wir damit bei den Verbrauchern das Bewußtsein für umweltbewußt, tierartgerecht

Verstärkten
Verbraucherschutz

und verbrauchernah produzierte Lebensmittel stärken. Wir wollen mit der weiteren Junglandwirteförderung die Zukunftsperspektiven der jungen, gut ausgebildeten Bauerngeneration verbessern. Nachwachsende Rohstoffe sehen wir als zusätzliche Einkommensquelle für unsere Land- und Forstwirte an. Wir wollen den Einsatz nachwachsender Rohstoffe fördern und dabei insbesondere die Holzverwertung in den verschiedenen Bereichen weiter ausbauen. Waldpflege und Holzverwertung schließen einander nicht aus, sondern sind geradezu Voraussetzung für eine sachgerechte, naturnahe Waldbewirtschaftung. Holz ist ein naturverträglicher, nachwachsender Rohstoff mit vielseitigen Verwendungszwecken.

10. Die Familien sind uns wichtig

Für uns steht die Familie im Mittelpunkt der Gesellschaftspolitik. Familie hat Zukunft. Ohne sie ist eine menschliche Gesellschaft nicht zu halten. Familien verändern sich, aber Familie darf als Kern der Gesellschaft nicht kaputtgehen und schon gar nicht kaputtgeredet werden. Die Erziehung von Kindern ist mindestens so wertvoll wie die Arbeit in der Fabrik oder im Büro. Deshalb unterstützen wir die Familien und setzen uns für die gesellschaftliche Anerkennung der Familienarbeit ein. Pflege, Fürsorge und Erziehung von Kindern nutzen der gesamten Gesellschaft. Für uns ist die Familie deshalb unersetzbar.

- Die Familieneinkommen müssen Schritt halten mit der Einkommens- und Wohlstandsentwicklung in unserer Gesellschaft. Das Existenzminimum für Kinder muß steuerfrei bleiben, das Kindergeld soll ergänzend einen fairen Chancenausgleich

Für eine gesellschaftliche Anerkennung der Familienarbeit

zwischen niedrigen und mittleren Familieneinkommen schaffen. Entlastungen brauchen die Familien vorrangig, wenn sie Kinder erziehen.

Wir haben die Einkommensgrenzen für das Landeserziehungsgeld weiter erhöht. Gleiches fordern wir auch beim Bundeserziehungsgeld.

Wir fordern den Ausbau der Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung. Wer Kinder erzieht, darf in der Altersversorgung nicht benachteiligt werden. Familienarbeit muß in der Altersversorgung eine adäquate Berücksichtigung finden.

Wir werden für alle Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr mit einer Stichtagsregelung einen Kindergartenplatz garantieren und die Kommunen bei der Erstellung noch fehlender Räumlichkeiten finanziell unterstützen. Die Stichtagsregelung soll nicht gelten für Mütter oder Väter, die den 3jährigen Erziehungsurlaub in Anspruch genommen haben und auf ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Wir wollen die Betreuungsangebote in den Kindergärten weiter verbessern. Das Angebot an Horten, der Nachmittagsbetreuung an Schulen und an Ganztagschulen wollen wir bedarfsorientiert ausbauen.

Wir setzen uns ein für flexible Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen. Wir werden Initiativen ergreifen, um mehr Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit zu schaffen. Der Wunsch vieler Eltern, Familie und Erwerbstätigkeit miteinander zu verbinden, darf nicht an überholten starren Strukturen scheitern.

Wir werden im Interesse der Alleinerziehenden das Modellprogramm „Mutter und Kind“ beibehalten. Wir verstehen dies ebenso wie unsere gesamte Familienpolitik auch als Beitrag zum Schutz ungeborener Kinder.

Wir setzen uns dafür ein, vor allem junge Familien stärker beim Wohnungseigentumserwerb zu fördern. Wir wollen Familien

Kindergartengeld
für alle Kinder
ab drei Jahren

Modellprogramm
„Mutter und Kind“

preiswerteres Bauen ermöglichen und die Bausparförderung entscheidend verbessern. Der Mangel an bezahlbaren und verfügbaren Wohnungen für die unteren Einkommensschichten, für Familien mit Kindern, Alleinerziehende, alleinstehende Personen und alte Menschen muß durch gezielte Maßnahmen möglichst beseitigt werden.

- Wir wollen ein kinderfreundliches Land und eine kinderfreundliche Gesellschaft: Denn Kinder sind das Wichtigste, was wir haben.

11. Miteinander leben – menschlich und gerecht

Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn haben einen Platz in Baden-Württemberg. Bei uns haben Liberalität und Solidarität, gegenseitige Rücksichtnahme und Toleranz Tradition. Wir achten das Recht, und das Miteinander der Generationen ist hier gelebte Wirklichkeit. Darauf wollen wir aufbauen und Gemeinschaftssinn und gute Nachbarschaft in unserer Gesellschaft erhalten und stärken.

- Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich Männer und Frauen in Partnerschaft ihre Aufgaben teilen. Wir schreiben Männern und Frauen nicht die Aufgabenteilung zwischen Familie und Arbeitswelt vor. Wir setzen auf Fairneß und Partnerschaft zwischen Männern und Frauen. Das schließt mit ein, daß viele Männer lernen, mehr Familienverantwortung zu übernehmen.
- Wir wollen dafür sorgen, daß Frauen auch tatsächlich gleiche Chancen zur Einstellung und zum Aufstieg im Beruf haben wie Männer. Wir wollen im gesamten Wirtschaftsleben die Möglichkeiten für Frauen und Männer verbessern, nach einer Familienphase wieder eine qualifizierte Erwerbsarbeit aufzunehmen und durch Weiterbildung und Beratung Benachteiligungen ab-

Chancengleichheit
im Beruf

zubauen. Flexibleren Formen der Arbeit kommt bei der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit für Männer und Frauen eine wichtige Rolle zu.

Wir werden dafür sorgen, daß ältere Menschen ihren festen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft haben und nicht an den Rand gedrängt werden. Viele von ihnen haben ein hartes Arbeitsleben hinter sich und mußten schwere Schicksalsschläge, zum Beispiel als Kriegsopfer, Heimatvertriebene oder Flüchtlinge, auf sich nehmen. Sie haben am Aufbau unseres Landes großen Anteil. Dafür sind wir ihnen dankbar. Wir wollen, daß alte Menschen ihr Leben eigenverantwortlich und selbstbestimmt gestalten können. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, daß die Renten auf Dauer sicher bleiben.

Wir wollen die Erfahrungen der älteren Generation für die gesamte Bevölkerung nutzen und alten Menschen weitere Möglichkeiten zum bürgerschaftlichen Engagement eröffnen. Das vorhandene Netz an Hilfsdiensten für ältere Menschen werden wir bedarfsgerecht weiterentwickeln und sicherstellen, daß Pflegebedürftige gut versorgt und betreut werden. Wir unterstützen Bemühungen und Initiativen, die das Neben- und Miteinander von alten und jungen Menschen, z.B. in Wohnanlagen, Wohnsiedlungen und in Vereinen, aber auch insbesondere in Mehrgenerationsfamilien, fördern.

Wir wollen, daß junge und alte Menschen, Menschen verschiedener Generationen, unbefangen und in gegenseitiger Wertschätzung miteinander umgehen. Wir dürfen nicht der Botschaft der Werbung erliegen, daß die Welt nur aus jungen und gesunden Menschen besteht. Ältere Menschen dürfen nicht auf das „Abstellgleis“ verdrängt werden. Unsere Gesellschaft braucht die Kraft der Jugend in gleicher Weise wie die Lebens- und Berufserfahrung der älteren Menschen.

Wir wollen junge Menschen fördern, aber auch fordern. Wir wol-

Hilfsdienst für
Ältere Menschen

len ihre Entwicklung zu Persönlichkeiten stützen, sie vor Gefährdungen schützen und ihr Engagement für das Gemeinwohl vertiefen. Dazu gehören die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Jugendbildungsstätten, die Stärkung der Jugendarbeit durch verbesserte Qualifikation der Jugendleiter und -betreuer, die Unterstützung der Jugendarbeit in den besonderen Aufgabenfeldern Umwelt, Medien und soziales Engagement, ebenso der Aufbau von Datenbanken für Programme der Jugendbegegnung und des Schüleraustauschs sowie Aufklärungsprogramme, die über die Gefährlichkeit von Sekten und Psychogruppen informieren.

- Wir wollen junge Menschen stärker in die öffentliche Verantwortung einbinden und ihnen demokratische Entscheidungsprozesse näherbringen. Deswegen treten wir für eine Verankerung von Jugendgemeinderäten in der Gemeindeordnung ein.
- Wir werden Behinderte stärker in unsere Lebensmitte rücken. Noch zu oft stehen sie am Rande, werden ausgegrenzt. Wir nehmen das von uns mit durchgesetzte Benachteiligungsverbot für Behinderte im Grundgesetz ernst und wollen dafür arbeiten, daß es im Alltag konkret wird: auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in Bildung und Ausbildung, in der Erziehung und durch die Schaffung behindertengerechter Einrichtungen.
- Wir wollen ein gutes Miteinander von Deutschen und ausländischen Mitbürgern und wenden uns gegen Diskriminierung und Rassenhaß. Wir wollen es ausländischen Mitbürgern erleichtern, deutsche Staatsbürger zu werden, denn die meisten von ihnen werden dauerhaft hier bleiben. Eine generelle doppelte Staatsbürgerschaft lehnen wir jedoch ab.
- Wir werden das vielfältige Vereinsleben in Baden-Württemberg weiter nach Kräften fördern und unterstützen. Die kulturelle, musische, soziale und sportliche Betätigung in den Vereinen ist für uns Ausdruck unverzichtbaren bürgerschaftlichen Gemein-

Junge Menschen
fördern und fordern

Schaffung
behinderten-
gerechter
Einrichtungen

sinn. Wir wollen deshalb auch die ehrenamtliche Tätigkeit aufwerten. Wir wollen den Erwerb von Zertifikaten im Ehrenamt ermöglichen, die im Beruf oder in der Weiterbildung als Qualifikationsnachweise anerkannt werden.

- ∴ Wir treten dafür ein, daß die Kirchen ihren seelsorgerischen und sozialen Aufgaben auch in Zukunft nachkommen können.
- ∴ Wir werden eine „Zukunftskommission Gesellschaft 2000“ aus unabhängigen Experten berufen und sie beauftragen, konkrete Vorschläge dafür zu erarbeiten, wie der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gestärkt und das soziale Klima verbessert werden kann.
- ∴ Baden-Württemberg hat nach dem Zweiten Weltkrieg viele Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler aufgenommen und ihnen Heimat gegeben. Sie gehören zu uns. Wir bleiben uns bewußt, daß sie für unser Land viel geleistet haben.

Soziale Gerechtigkeit hält unsere Gesellschaft im Gleichgewicht. Menschenwürdiges Leben ist in einer arbeitsteiligen, leistungsorientierten Industriegesellschaft ohne sozialen Ausgleich nicht denkbar. Die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer werden von den Tarifpartnern am Markt ausgehandelt. Aber der Markt kann nicht berücksichtigen, ob Lohn- und Gehaltsempfänger zu Hause pflegebedürftige Großeltern versorgen, Kinder aufziehen oder bei der Ausbildung unterstützen müssen. Deshalb muß der Staat sozialen Ausgleich schaffen.

Uns weisen die christliche Soziallehre und die soziale Marktwirtschaft den Weg. Deshalb fordert unsere Sozialpolitik die Leistung des Starken, damit den Schwachen geholfen werden kann.

- ∴ Wir werden die Balance halten zwischen dem Recht des einzelnen und der Gemeinschaft, zwischen Leistung und Solidarität,

zwischen Selbstverwirklichung und Rücksichtnahme. Eigenverantwortung und Mitverantwortung, das ist unsere Devise.

- Wir werden in unserem sozialen Sicherungssystem neue Schwerpunkte setzen. Wenn wir die Arbeitnehmer und Arbeitgeber noch höher belasten, wird die Bereitschaft zur Leistung und zu arbeitsplatzschaffenden Investitionen sinken. Deshalb werden wir das Leistungsspektrum der sozialen Sicherungssysteme umbauen. Einfaches, Zumutbares müssen wir selbst leisten. Kostspieliges und Wichtiges muß sozial abgesichert werden.
- Wir werden den Mißbrauch von Sozialleistungen verstärkt bekämpfen. Wer auf Kosten der Steuer- und Beitragszahler lebt, ohne darauf angewiesen zu sein, beutet die Solidargemeinschaft aus. Auch wer Steuern und Beiträge hinterzieht, erhöht die Belastung der ehrlichen Zahler.
- Wir werden dafür sorgen, daß in Baden-Württemberg jeder Patient, ob in Stadt oder Land, eine gleichwertige medizinische Grundversorgung in erreichbarer Nähe behält. Unsere Gesundheitspolitik verspricht nicht allen alles, aber jedem das für seine Gesundheit Wichtige. Die Inanspruchnahme der ärztlichen Grund- und Regelleistungen muß für die Gesellschaft und den einzelnen bezahlbar bleiben. Die Inanspruchnahme von notwendigen medizinischen Leistungen darf nicht zu einem finanziellen Risiko bzw. zu einer unzumutbaren finanziellen Belastung kranker Menschen werden.
- Wir wehren uns dagegen, daß Baden-Württemberg in vielen Bereichen zum Zahler der Nation wird. Deshalb wollen wir den bundesweiten Finanzausgleich in der Kranken- und Pflegeversicherung in einen landesinternen Finanzausgleich umwandeln. Der bundeseinheitliche Beitragssatz soll durch landeseinheitliche Beitragssätze ersetzt werden. Dies schafft bundesweit Anreize für ein kostenbewußteres Ausgabeverhalten der Krankenkassen im Verwaltungsbereich.

Neue
Schwerpunkte im
sozialen
Sicherungssystem

Landesinterner
Finanzausgleich

12. Lebendige Kulturlandschaft

Kultur und Kunst prägen die Identität unseres Landes und seiner Menschen. Wir in Baden-Württemberg haben im Rahmen der europäischen Zivilisation im Laufe der Geschichte eine eigene Identität und Kultur entwickelt, die sich in den Künsten, in unseren Sitten, Gebräuchen und Dialekten, in unserem Verständnis von Recht und Demokratie, von Freiheit und Bürgerpflicht niederschlägt. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die ihr Selbstbewußtsein nicht allein aus ihrer wirtschaftlichen und sozialen Leistungskraft bezieht, sondern die sich auch als Kulturgesellschaft versteht. Deshalb werden wir Kunst und Kultur fördern – behutsam, mit Respekt vor ihrer Freiheit und Eigenständigkeit und ohne Einflußnahme auf ihre Inhalte.

Kunst und Kultur fördern

Wir wollen die gestalterischen Kräfte im ganzen Land freisetzen. Kunst und Kultur haben ein breites Fundament. Musikschulen, Jugendkunstschulen, Theater und Museen, Orchester und Chöre, die Vereine, die Aktivitäten der Jugendverbände, etablierte und alternative Kunst, die Pflege des Erbes der Heimatvertriebenen sind Ausdruck einer breiten Volkskultur. Wir werden sie fördern.

Ein wichtiges landespolitisches Anliegen ist für uns nach wie vor die Förderung der Pflege des kulturellen Heimateerbes der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler.

Wir wollen die Sicherstellung der Förderung von Jugendkunst- und Jugendmusikschulen. Ebenso muß die Kulturarbeit im Bereich von Schülertheatern, Leseförderung an Schulen und öffentlichen Institutionen auch in Zeiten knapper Kassen intensiviert werden. Musische Fächer müssen im Schulunterricht in

Pflege des kulturellen Heimateerbes

allen Schularten von Stundenkürzungen ausgenommen werden. Wir werden ebenso das hochqualifizierte Studienangebot an Kunst- und Musikschulen, Akademien und Universitäten erhalten. Die seit Jahren eingefrorene Förderung der Kultur aus Toto-Lotto-Mitteln werden wir zukünftig wieder an die tatsächliche Preisentwicklung anpassen.

- ▣ Wir wollen, daß auch in Baden-Württemberg das Mäzenatentum wächst. Wer als Mäzen Gemeinsinn zeigt, verdient besondere öffentliche Anerkennung.
- ▣ Wir werden besonders hochwertige Kultur- und Baudenkmäler durch gezielte Förderung vor dem Verfall bewahren und Umweltschäden an ihnen beseitigen. Wir wollen das vorhandene Angebot an kulturellen Einrichtungen erhalten. Die Förderung von Kunst und Kultur werden wir stärker projektabhängig und weniger institutionenbezogen umstrukturieren.
- ▣ Sport ist Trumpf in Baden-Württemberg. Wir werden weiterhin den Sport in allen Bereichen gezielt unterstützen, um das qualitativ hohe Niveau in Baden-Württemberg zu halten; dies gilt insbesondere für den Schulsport, das Kooperationsprogramm „Schule/Verein“, den Behindertensport, den Freizeit- und Breitensport sowie den Leistungssport. Sport fördert die Gesundheit, den Gedanken des friedlichen Wettbewerbs, die Begegnung zwischen den Menschen und Völkern und den Zusammenhalt in unserem Land.

Kultur- und
Baudenkmäler
bewahren

Das Grundrecht der Meinungs- und Pressefreiheit ist eine Voraussetzung der Demokratie. Wir treten für die Freiheit und Vielfalt der Medien ein. Freie Medien ermöglichen auch die Bildung einer öffentlichen Meinung und tragen durch einen verantwortlichen Gebrauch der Pressefreiheit zur wirksamen Kontrolle staatlicher Macht bei. Zu dieser Freiheit gehört die Verantwortung, denn die Medien wirken mehr als je zuvor auf die Meinungsbildung ein.

lich-rechtlichen und den privaten Rundfunk vorhanden sind. Für uns ist dies auch ein Beitrag dazu, daß unsere Gesellschaft friedlich, sicher und menschlich bleibt. Wir unterstützen die Bestrebungen, einen eigenen öffentlich-rechtlichen Kinderkanal ins Leben zu rufen. Das Medium Fernsehen muß ohne kommerziellen Hintergedanken ein qualitativ hochwertiges und kindgerechtes Informations- und Freizeitangebot schaffen, das sich nicht durch Gewaltverherrlichung, sondern durch spielerische Erziehung zu Werten bzw. wertorientiertem Handeln auszeichnet. Wir werden mit allem Nachdruck Indizierung von Kinderpornos betreiben, die als FKK-Magazine getarnt bis heute legal an Kiosken und im Zeitungshandel in Baden-Württemberg verkauft werden. Ebenso werden wir alle rechtlichen Mittel einsetzen, um gegen die Verleger solcher Publikationen vorzugehen.

Für einen öffentlich-rechtlichen Kinderkanal

Indizierung von Kinderpornos

13. Europäische Partnerschaft und regionale Zusammenarbeit

Baden-Württemberg will den europäischen Einigungsprozeß als deutsches Bundesland mitgestalten. Die Forderung nach weiterer Stärkung von Subsidiarität und förderalen Möglichkeiten soll in Maastricht II weiterentwickelt werden. Das Land wird alles daransetzen, daß der Ausschuß der Regionen von den Europäischen Kommissionen und dem Europäischen Parlament sehr ernst genommen wird und als Vertretung regionalen Interesses Anerkennung findet. Das Land Baden-Württemberg wird Kontakt mit anderen Regionen Europas über die „vier Motoren“ hinaus suchen, um in Erfahrungsaustausch über förderale Strukturen eintreten zu können.

Kontakt mit anderen Regionen Europas

Das Land Baden-Württemberg wird alles daransetzen, daß die grenzüberschreitende Zusammenarbeit entlang den Landesgrenzen zur Schweiz und zu Frankreich konkretere Formen annehmen kann. Der Staatsvertrag Deutschlands mit Frankreich und der Schweiz soll durch landesgesetzliche Regelungen so weit ergänzt werden, daß die neuen Instrumente zur Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften voll genutzt werden können. Das Land wird dafür Sorge tragen, daß insbesondere nach Frankreich hin die Sprachbarrieren abgebaut und der Französischunterricht an deutschen Schulen nicht zurückgeführt wird. Das Land unterstützt vor allem in der Region am Oberrhein die regionale Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg und wird versuchen, als Dach darüber unter Mitwirkung des Landtags von Baden-Württemberg und des Regionalparlaments des Elsaß einen Oberrheinrat zu gründen.

Wir in Baden-Württemberg können stolz sein auf unser Land. Dieses Land nimmt in allen Bereichen einen Spitzenplatz in Deutschland und Europa ein. Dies ist eine Gemeinschaftsleistung der Bürger und einer richtigen Politik.

Nichts ist ungefährdet. Die Herausforderungen für unser Land und seine Wirtschaft sind heute global. Wir setzen auf die Köpfe der Menschen, auf ihre Einsicht und ihren Leistungswillen.

Gemeinsam werden die Bürger unseres Landes und die CDU, die Baden-Württemberg-Partei, die Zukunft gewinnen.

CDU Landesverband Baden-Württemberg · Hasenbergstraße 49 b · 70176 Stuttgart